

Deutlich bessere Geschäftslage

Schweizer Firmen zuversichtlicher

Die Geschäftslage der Unternehmen in der Schweiz ist im Januar besser gewesen als im Herbst des vergangenen Jahres. So lautet das Fazit der jüngsten Konjunkturumfrage der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, die sich auf die Antworten von über 6000 Firmen aus der Industrie, dem Bau und diversen Dienstleistungsbranchen abstützt. Branchenübergreifend gaben weniger Firmen an, einen Personalabbau zu planen. Die mehrheitlich auf den Export ausgerichteten Industrieunternehmen bewerteten ihre derzeitige Geschäftslage leicht besser als im Vormonat, obwohl die Kapazitätsauslastung bei knapp 80% stagniert, was unter dem Durchschnitt liegt. Positiv schätzen die Industriefirmen die Wettbewerbssituation und die Exporterwartungen ein, die sich weiter verbesserten.

Im Baugewerbe sei die Auftragslage nach wie vor hervorragend und die Auftragsbücher seien prall gefüllt, sagte KOF-Ökonom Klaus Abberger am Mittwoch. Trotz Warnungen vor einer Immobilienblase rechneten die Bauunternehmer nicht mit sinkender Bautätigkeit. Das Gegenstück zum florierenden Baugewerbe bildet weiterhin das Gastgewerbe. Der Umsatzrückgang hat sich aber bedeutend verlangsamt, und die Erosion der Ertragslage hat an Tempo verloren. Der Personalabbau in dieser Branche dürfe anhalten. Ein Hoffnungsschimmer sei der Zimmerbelegungsgrad der Hotels; dieser ist leicht gestiegen. Zusammenfassend sagte KOF-Leiter Jan-Egbert Sturm, dass die Unternehmen weniger pessimistische Erwartungen hätten, da kaum mehr mit einem Zusammenbruch der Euro-Zone gerechnet werde. Optimismus habe sich aber noch nicht breitgemacht, und es sei zu früh, von einer Trendwende für die Schweizer Wirtschaft zu sprechen.

KOF-Geschäftslageindikator

Saldo aus der Beurteilung der Geschäftslage



QUELLE: KOF

NZZ-INFOGRAFIK / saf

Neuer Anlauf im EU-Finanzstreit

Weitere Kürzungen sollen beim Gipfeltreffen Einigung ermöglichen

Die EU-Staaten nehmen einen zweiten Anlauf zur Fixierung des EU-Finanzrahmens für 2014 bis 2020. Erwartet werden schwierige Verhandlungen.

René Höltschi, Brüssel

Was im November nicht gelungen ist, soll ab diesem Donnerstag an einem weiteren zweitägigen EU-Gipfel unter Dach und Fach gebracht werden: Die Staats- und Regierungschefs sollen eine politische Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erzielen. Dieser legt für die Periode 2014 bis 2020 Obergrenzen für die jährlichen EU-Haushalte und deren einzelne Rubriken fest. Von ihm hängt es also ab, wie viel Kohäsionsgelder in strukturschwache Gebiete im Osten und Süden Europas fliessen, wie hoch die Agrarsubventionen sind und wie viel Geld für Forschungsprojekte zur Verfügung steht. Von ihm hängen aber auch die Nettobeiträge der Nettozahler ab, jener reicheren Staaten, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen, als aus diesem in sie zurückfliesst.

Die Nettozahler drängen

Angesichts der Sparzwänge auf nationaler Ebene stehen die Zeichen auch in der EU auf Sparen. Der letzte Kompromissvorschlag, der während des November-Gipfels auf den Tisch kam, sah für die siebenjährige Finanzperiode Gesamtausgaben von 972 Mrd. € vor, was 1,01% des erwarteten Bruttonational-einkommens (BNE) der EU entspricht (vgl. Tabelle). Rechnet man die ausserhalb des eigentlichen MFR geführten Posten hinzu, steigt die Summe auf 1010 Mrd. €. Beide Beträge liegen nicht nur deutlich unter dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission, sondern real auch etwas unter dem Finanzrahmen für die laufende Periode (2007 bis 2013). Unter Einbezug des Inflationsausgleichs werden die nominalen Beträge indessen dennoch steigen.

Obwohl dieser Kompromiss den Sparwünschen der Nettozahler entgegenkam, war er einigen von ihnen noch immer zu teuer, darunter Grossbritannien, Deutschland, die Niederlande und Schweden. Diese Staaten forderten weitere Kürzungen – und sie fordern sie noch immer. Im November hiess es zu-

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Verpflichtungsermächtigungen¹ in Mrd. € zu Preisen von 2011

	MFR 2007–13 ²	MFR 2014–20 ³	±%
Kohäsions- und Wachstumspolitik	446,3	459,7	3,0
Wettbewerbsfähigkeit ⁴	91,5	139,5	52,5
Kohäsionspolitik	354,8	320,1	-9,8
Agrarpolitik (inkl. Umweltpolitik)	420,7	372,2	-11,5
davon «klassische Agrarpolitik» ⁵	304,8	277,9	-9,9
Justiz und Inneres	12,4	16,7	34,9
Externe Aufgaben (Aussenpolitik usw.)	56,8	60,7	6,8
Verwaltung	57,1	62,6	9,7
Kompensation	0,9	0,0	-97,1
Total der Verpflichtungen	994,2	971,9	-2,2
in % des BNE ⁶	1,12	1,01	
Posten ausserhalb MFR ⁷	40,9	38,8	-4,9
Gesamtsumme (inkl. externer Posten)	1035,0	1010,8	-2,3

¹ Verpflichtungsermächtigungen: Bis zu dieser Höhe kann die EU neue finanzielle Verpflichtungen eingehen, die teilweise über mehrere Jahre eingelöst werden; ² derzeit geltender MFR (an Methodik des MFR 2014–20 angepasst); ³ bisher letzter Kompromissvorschlag von EU-Rats-Präsident Van Rompuy (EU-Gipfel 22./23. 11. 12.); ⁴ Forschung, Bildung, transuropäische Verkehrsprojekte u. Ä.; ⁵ Direktzahlungen, Marktstützung; ⁶ BNE = Bruttonationalprodukt (Mass für Wirtschaftsleistung); ⁷ z. B. Europ. Entwicklungsfonds (Entwicklungshilfe v. a. in ehemaligen Kolonien von EU-Staaten).

QUELLE: EIGENE BERECHNUNGEN AUF BASIS VON DATEN DER EU-KOMMISSION UND DES EUROPÄISCHEN RATS

letzt, man sei noch etwa 30 Mrd. € auseinander. Weil der MFR einstimmig verabschiedet werden muss, wird man den Nettozahlern nun nochmals ein Stück entgegenkommen müssen. Der EU-Rats-Präsident Van Rompuy will zu Gipfelbeginn am Donnerstagnachmittag den Teilnehmern einen neuen Kompromissvorschlag vorlegen. Zu erwarten ist laut Diplomaten, dass dieser gegenüber dem erwähnten letzten Vorschlag weitere Kürzungen enthalten wird. Die Rede ist von einer Grössenordnung von rund 15 Mrd. €. Allerdings könne man bei der Kohäsions- und der Agrarpolitik, den beiden grössten Brocken, kaum weitere Einschnitte vornehmen. Diese haben bereits im bisherigen Ringen Federn gelassen, und zusätzliche Einbussen würden von den Ost- und Südeuropäern, für die die Kohäsionsgelder wichtig sind, aber auch von Paris, das an der Agrarpolitik hängt, kaum mehr hingenommen.

Damit sind Abstriche vor allem bei zwei Posten zu erwarten. Erstens bei den Verwaltungsausgaben, bei denen die bisherigen Entwürfe wegen der ausgedehnten Aufgaben der EU eine reale Steigerung gegenüber der laufenden

Periode vorgesehen haben. Hier gebe es «signifikantes Einsparpotenzial», heisst es in deutschen Regierungskreisen. Dass deutsche Medien in den letzten Tagen derart hitzig über die Höhe der Löhne von EU-Beamten diskutiert haben, ist vor diesem Hintergrund kaum ein Zufall. Allerdings ist der Posten Verwaltung relativ klein, so dass auch die Einsparmöglichkeiten begrenzt sind.

Als zweites Opfer bietet sich die Rubrik «Wettbewerbsfähigkeit» an, aus der beispielsweise Forschungsprogramme finanziert werden. Während solche Ausgaben das Wachstum eher fördern würden als strukturerhaltende Agrarsubventionen, haben sie nur eine schwache Lobby, weil sie oft nicht klar einem bestimmten Staat zugeordnet werden können. Zudem ist bis jetzt eine derart starke Steigerung gegenüber dem geltenden MFR geplant, dass auch nach Kürzungen mehr Geld zur Verfügung stünde als in der jetzigen Periode.

Vor diesem Hintergrund können die zusätzlichen Milliarden, die Van Rompuy für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in besonders betroffenen Regionen einsetzen will, nur durch Einsparungen an anderer Stelle aufgebracht werden. Anpassungen, aber keine massiven Änderungen erwarten Diplomaten schliesslich beim komplizierten System von Rabatten, die Grossbritannien und – in geringerem Ausmass – einige weitere Nettozahler auf ihre Beiträge an den EU-Haushalt erhalten.

Was passiert ohne Einigung?

Ob eine Einigung gelingt, bleibt abzuwarten. Zwar werden schwierige Verhandlungen erwartet, doch betonen Diplomaten, man müsse einen «Deal» hinkriegen, weil es danach wegen der in mehreren Staaten anstehenden Wahlen nicht einfacher werde und auch die Zeit knapp werde. Denn nach der Einigung der EU-Staaten muss auch noch das EU-Parlament dem MFR zustimmen, und aus dessen Reihen wurden bereits Drohungen geäussert, die Staats- und Regierungschefs riskierten ein Veto des Parlaments, wenn sie ihre Sparübungen zu weit trieben. Allerdings hat kaum jemand Interesse daran, dass gar kein MFR zustande kommt. Dann müssten jährliche Haushalte ausgehandelt werden, für die das letzte Jahr des derzeitigen MFR den Rahmen vorgäbe, und es gäbe zum Beispiel keine Planungssicherheit für längerfristige Projekte.

AUCH DAS IST WIRTSCHAFT

Die Staatsgewalt im Garten

Der mobile Automat zur Geschwindigkeitsmessung steht hinter dem Zaun im Garten eines privaten Grundstücks und ist beim Vorbeifahren schwierig zu erkennen. Das graue Gehäuse mit Kamera und Blitzkasten steht zwischen Gartenhäuschen und Busch, als ob es ein Cheminée oder ein Werkzeugschrank wäre. Erst nach einigen Sekunden, vielleicht zu spät, wird einem bewusst, dass es ja ein «Blechpolizist» ist, der aus dem Garten auf die Strasse blickt und in einigen Fällen auch blitzt.

Darf der das? Rechtlich ist die Antwort offenbar klar, die Geschwindigkeitsbussen, die der Automat produziert, werden hoheitlich einkassiert. Die tiefere Frage lautet aber, ob sich der Staat einfach so auf privatem Grund verstecken und von da aus allzu aggressive Autofahrer schnappen darf. Gewiss, man soll sich an Geschwindigkeitsvorschriften halten, aber es kommt doch ein seltsames Gefühl auf, wenn die Polizei nicht nur auf öffentlichem Grund als Überwacher auftritt, sondern auch aus privater Tarnung heraus zugreift.

So muss man beim Vorbeifahren eben auch privaten Nischen misstrauen, und unwillkürlich taucht die Frage auf, wie das Kalkül des betreffenden Grundstückseigentümers wohl aussieht. Laut offiziellen Angaben zahlt die Polizei für das Aufstellen von Geschwindigkeitsfallen auf privatem Grund keine Miete. Aber der Hauseigentümer wird den «Blechpolizisten» wohl kaum ohne Gegenleistung in seinen Garten nehmen.

Dass ein wie auch immer geartetes Tauschgeschäft mit der Polizei mit im Spiel ist, soll hier ausgeschlossen werden. Aber vielleicht ist es dem Eigentümer doch einiges wert, den Ordnungshütern beim Durchsetzen der Geschwindigkeitslimite zu helfen. Er wird ja belästigt, wenn Autos vor seinem Haus vorbeirasen. Die Verkehrsberuhigung erkaufte er sich freilich mit dem Ruf, er kooperiere mit der Polizei, also mit der Staatsgewalt. Immerhin kann er sicher sein, dass die Angst vor einer Geschwindigkeitsfalle vor seinem Haus so lange präsent sein wird wie dieser Ruf.

Berlin forciert Bankenregulierung

Beschluss zu Trennbankensystem

Die deutsche Regierung ist am Mittwoch bei weiteren Bereichen der Bankenregulierung, die abschliessend im europäischen Rahmen geregelt werden, vorgeprescht. Berlin verabschiedete einen Gesetzesentwurf, der die Einführung eines Trennbankensystems vorsieht. Dabei orientiert man sich stark an den Vorschlägen der europäischen Liikanen-Expertengruppe. Demnach sollen Banken in Deutschland künftig den Handel auf eigene Rechnung unter bestimmten Bedingungen in eine selbständige Einheit ausgliedern müssen. Laut Finanzminister Schäuble dürften davon zehn bis zwölf deutsche Finanzinstitute betroffen sein. Der Minister verteidigte das deutsche Vorpreschen damit, dass sich die Beratungen auf EU-Ebene noch über Jahre hinziehen könnten.

Die deutschen Bankenverbände kritisierten den Vorstoss als Schnellschuss, der dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf geschuldet sei und der das bewährte Universalbankensystem schwäche. Tatsächlich ist nicht klar, ob die Gesetzespläne umgesetzt werden, da die Opposition die Verabschiedung im Bundesrat (der Länderkammer) bis nach den Bundestagswahlen verzögern kann. Das Gesetzespaket sieht weitere wichtige Elemente vor. Führungskräfte von Banken und Versicherern sollen bei groben Pflichtverletzungen stärker haften müssen. Ihnen drohen bis zu fünf Jahre Haft, wenn sie in grober Weise gegen Pflichten des Risikomanagements verstossen. Zudem müssen Banken künftig sogenannte Testamente vorlegen, die die Abwicklung im Ernstfall erleichtern sollen.

Apple und die Uhrenboutiquen

Wer die höchsten Ladenmieten bezahlen kann

Die Welt des Detailhandels ist in Bewegung. Dies zeigen nicht zuletzt die zunehmenden Wechsel bei den Ladengeschäften. An der Zürcher Bahnhofstrasse beispielsweise wurden im vergangenen Jahr zehn neue Geschäfte eröffnet, während es in den Jahren davor jeweils nur rund halb so viele waren. Beim Wettlauf um die guten Verkaufslagen, der hinter diesen Wechseln steht, haben derzeit die Uhrenkonzerne die Nase vorn, wie diverse Neueröffnungen von Mono-Marken-Boutiquen zeigen. Die Expansion an Toplagen zeugt von hohen erwarteten Flächenumsätzen bei den Marken und generell einer hohen Finanzkraft der Branche.

Spitzenreiter in Sachen Umsatz pro Quadratmeter an der Bahnhofstrasse ist aber laut der neuesten «Retail Market Study» des Beratungsunternehmens Location Group keine Uhrenboutique, sondern der Apple Store. Dieser soll gemäss unbestätigten Angaben einen Jahresumsatz von 225 000 Fr. / m² erzielen, 15-mal mehr als ein typisches Geschäft an vergleichbarer Lage. Auf die 420 m² Ladenfläche hochgerechnet wäre dies ein Jahresumsatz von rund 95 Mio. Fr. Apple wird es laut Marc-Christian Riebe, Gründer der Location Group, allerdings zunehmend zu eng am jetzigen Standort, womit sich die Ladenlandschaft weiter verändern dürfte. Auch die

direkte Konkurrenz von Apple rüstet an der Detailhandelsfront auf und wird wohl bald die Schweiz erreichen: Laut Riebe eröffnen Samsung, HTC, Lenovo oder Windows weltweit im grossen Stil eigene Läden.

Die Internationalisierung des Detailhandels sorgt laut Riebe ebenfalls für Bewegung. Derzeit geben in der Schweiz im Bekleidungs-Detailhandel drei europäische Gruppen den Ton an: die spanische Inditex, die schwedische H&M und die niederländische C&A. Nun wachse jedoch die Konkurrenz aus anderen Teilen der Welt. Gross und stark expandierend sei beispielsweise die US-Marke Forever 21, eine direkte Konkurrentin von H&M, oder die japanische Marke Uniqlo. Beide seien daran, in Europa Fuss zu fassen. Die zunehmende Konkurrenz umfasse vor allem die beiden Pole «günstig» und «Luxus», während das mittlere Segment eher zur Nische werde.

Die teuersten Detailhandelslagen der Welt sind laut der Location Group derzeit die Causeway Bay und die Queens Road in Hongkong, vor der 5th Avenue in New York und der New Bond Street in London. Die Zürcher Bahnhofstrasse, deren Spitzenmietzins pro Quadratmeter und Jahr sich im vergangenen Jahr von 12 500 Fr. auf 13 800 Fr. verteuert habe, liege auf Rang fünf.

Vormarsch der Mikrobrauer

Schweizer Bierkonsum stagniert seit Jahren

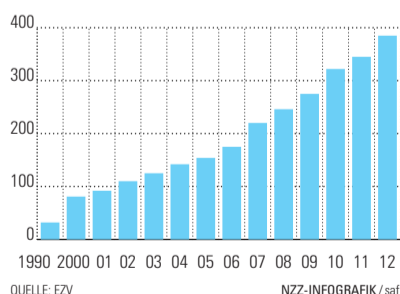
Brauereigründungen sind in der Schweiz weiter in Mode. Im Vergleich mit dem Vorjahr hat sich 2012 die Zahl registrierter Brauereien um 11,6% auf insgesamt 385 erhöht; 2011 belief sich das Plus noch auf 71%. Das geht aus den Zahlen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) über den Schweizer Biermarkt hervor. Zum Vergleich: Als Anfang der neunziger Jahre hierzulande das Bierkartell nicht länger zu halten war, gab es gerade einmal 32 Brauereien. Fraglich bleibt jedoch, ob die vielen Mikrobrauereien sich über einen längeren Zeitraum behaupten können, auch wenn regionale Produkte bei den Konsumenten gefragt sind.

Während es also immer mehr Brauereien in der Schweiz gibt, stagniert seit Jahren der Bierkonsum auf einem Niveau von rund 450 Mio. l, und das trotz einer steigenden Bevölkerungszahl. Erschwerend kommt für die heimischen Brauereien der zunehmende Konkurrenzdruck aus dem Ausland hinzu. Vor zwölf Jahren belief sich der Anteil importierter Biere am Gesamtkonsum auf gerade einmal 14%. Im vergangenen Jahr lag er bereits bei 23,2%; das entspricht einer Zunahme um 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr, wie aus dem EZV-Zahlenwerk hervorgeht.

Seit Jahren darf sich die öffentliche Hand über Einnahmen in Millionen-

Brauereiboom in der Schweiz

Anzahl registrierter Brauereien



QUELLE: EZV

NZZ-INFOGRAFIK / saf

höhe aus der Biersteuer freuen. Basis für die Berechnung des Steuersatzes bildet der Stammwürzegehalt eines Bieres. Die Faustregel lautet: Je höher der Alkoholgehalt ist, desto mehr verdient der Staat. Differenziert werden drei Kategorien: Leicht-, Normal- und Spezialbiere sowie Starkbiere – besser bekannt als Bockbier. Das für den Eigenverzehr hergestellte Bier (400 l pro Jahr sowie 800 l für Brauereien auf Vereinsbasis) ist von der Steuer befreit. Im vergangenen Jahr nahm der Staat 113,4 Mio. Fr. mit der Biersteuer ein. Das entspricht einem Zuwachs von 0,7% im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2000 beliefen sich die Einnahmen aus der Biersteuer noch auf 94,8 Mio. Fr.